Dringlichkeitsantrag 1

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Florian Ritter, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Dr. Christoph Rabenstein, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Ilona Deckwerth, Martina Fehlner, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Harald Güller, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Bernhard Roos, Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Zum 75. Todestag von Hans und Sophie Scholl und Christoph Probst: Das Vermächtnis der "Weißen Rose" bleibt Auftrag und Verpflichtung

Der Landtag wolle beschließen:

In Erinnerung an die Ermordung der Geschwister Hans und Sophie Scholl und Christoph Probst vor 75 Jahren am 22. Februar 1943 und der anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ in den Folgemonaten bekräftigt der Bayerische Landtag seinen festen Willen, sich gegen alle Formen von Rassismus, Antisemitismus und sonstiger Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ethnischen Zugehörigkeit, sexuellen Orientierung oder Religion zu wenden und ruft alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern auf, Bestrebungen aktiv entgegenzutreten, die Menschen in ihrer Würde herabsetzen, unsere demokratischen Grundwerte verletzen und unsere Gesellschaft spalten.

Er wendet sich gegen alle Versuche, einen „Schlussstrich“ unter die Erinnerung an die Gräuel der NS-Zeit zu ziehen und die Lehren für unsere heutige Zeit geringzuschätzen oder gar verächtlich zu machen.

Er verurteilt die Angriffe auf Denkmäler der Erinnerungskultur an die NS-Zeit, auf religiöse Stätten und auf Erinnerungsorte für die Opfer rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Er fordert Eltern, Lehrkräfte, ehrenamtlich mit Jugendlichen Arbeitende wie überhaupt alle auf, zu denen die junge Generation aufschaut, Jugendliche zu kritischen und eigenständig denkenden Menschen zu erziehen, die Verantwortungsbewusstsein, Aufgeschlossenheit, Toleranz und Mitgefühl gegenüber Mitmenschen auszeichnet.

Begründung:

BayernSPD Landtagsfraktion
Maximilianeum
81627 München
Tel.: 089 - 4126 2050
Fax: 089 - 4126 1351
bayernspd-landtag.de
info@bayernspd-landtag.de

Vor 75 Jahren, am 22. Februar 1943, wurden die ersten Todesurteile gegen die Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ vollstreckt. Die Geschwister Hans und Sophie Scholl waren vier Tage zuvor bei dem Versuch verhaftet worden, in der Ludwigs-Maximilian-Universität München das sechste Flugblatt der Gruppe unter die Studierenden zu bringen. In einem politischen Schauprozess des Volksgerichtshofs im Münchner Justizpalast unter Vorsitz des „Blutrichters“ Roland Freisler wurden sie zusammen mit Christoph Probst zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das Urteil der willfährigen gleichgeschalteten Justiz warf ihnen „Wehrkraftzersetzung“, „Feindbegünstigung“ und „Vorbereitung zum Hochverrat“ vor. Auch die Weiße-Rose-Mitglieder Alexander Schmorell, Professor Kurt Huber und Willi Graf wurden in den Folgemonaten ermordet, für weitere Helferinnen und Helfer sowie Mitwisser gab es lange Haftstrafen.

Auch mehr als 70 Jahre nach dem Ende der NS-Tyrannei sind die Denkweisen und Kräfte, gegen die bereits die Mitglieder der „Weißen Rose" aufbegehrten, nicht aus unserer Gesellschaft verschwunden. Die Zahl antisemitisch motivierter Straftaten ist weiterhin besorgniserregend, auch Christen und Muslime werden allein aufgrund ihres Glaubens angegriffen, ebenso ihre religiösen Stätten.

Unsere demokratische Verfasstheit darf nie wieder von Feinden unserer Grundwerte und Verfassung zur Disposition gestellt werden. Menschenwürde und das Demokratieprinzip werden nicht nur im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung postuliert, sie stehen unter dem besonderen Schutz und im Zentrum staatlichen Handelns. In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind diese Werte als Fundamente unserer Ordnung von herausragender Bedeutung. Es geht um die Gleichwertigkeit aller Menschen, um deren Schutz durch einen wehrhaften Staat und um ein Demokratieprinzip, das den tatsächlichen demokratischen Wettbewerb sicherstellt. Minderheiten müssen geschützt werden und in der Lage sein, ihre Auffassungen zur Geltung zu bringen, um mit grundsätzlicher Erfolgsaussicht am demokratischen Wettbewerb teilzunehmen. Dieser selbst setzt nicht nur die notwendigen rechtlichen Festlegungen voraus, sondern insbesondere auch eine Kultur der Toleranz und bewusst angenommener und getragener Pluralität.

Hans und Sophie Scholl und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreitern sind und bleiben herausragende Vorbilder für Demokraten. Der Widerstand der "Weißen Rose" ist eine bleibende Mahnung, nicht wegzusehen, sondern aufzustehen, Zivilcourage zu zeigen, sich einzumischen und zu handeln, wenn der freiheitlich-demokratische Staat und die Rechte der Menschen angegriffen werden.